



**Gesamtpersonalrat für das Land  
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

An die  
Abgeordneten der  
Bremischen Bürgerschaft

Auskunft erteilt  
Burckhard Radtke/Doris Hülsmeier  
Telefon (0421) 361 2215  
Fax (0421) 496 2215  
E-Mail  
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de  
Internet  
www.gesamtpersonalrat.bremen.de  
Datum und Zeichen  
Ihres Schreibens

Unser Zeichen  
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 25. Nov. 2010

## **Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zu den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2011**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft!

Mit den Haushalten für das Jahr 2011 greifen erstmals die Regularien der sogenannten „Schuldenbremse“, deren Einhaltung Voraussetzung für die Konsolidierungshilfen nach Art. 143 d Grundgesetz sind. Senat und Bremische Bürgerschaft sehen sich demnach verpflichtet, den gegebenen Rahmenbedingungen der Finanzverfassung mit den vorliegenden Änderungen der Haushaltsentwürfe Rechnung zu tragen.

Der Gesamtpersonalrat bekräftigt seine bereits in der Stellungnahme zu den Entwürfen der Doppelhaushalte 2010/11 dargelegte Kritik an den Ergebnissen der Reform der föderalen Finanzverfassung. Wir befürchten, dass die vorgesehene rigorose Abschmelzung der öffentlichen Ausgaben allenfalls noch kurzfristig tragfähig sein kann und mittel- bis langfristig zu einer ernsthaften Verschärfung der sozialen Probleme in der Freien Hansestadt Bremen führen wird.

Wir halten an unserer Auffassung fest, dass die extreme Haushaltsnotlage Bremens nur dann entscheidend verbessert werden kann, wenn die öffentlichen Einnahmen und insbesondere die Steuereinnahmen nachhaltig erhöht werden. **Ein Rettungsschirm für öffentliche Dienstleistungen ist dringend erforderlich!** Wir begrüßen es deshalb, dass Senat und Bremische Bürgerschaft auch mit Steuererhöhungen zur Verringerung des Haushaltsdefizits beitragen wollen. Da die wesentlichen steuerpolitischen Stellschrauben in der Kompetenz des Bundes liegen, erwarten wir außerdem vom Senat, dass er im Bundesrat mit Nachdruck für eine bessere finanzielle Ausstattung der Länder und Gemeinden eintritt. Das gleiche gilt für die in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien gegenüber ihren jeweiligen Bundesgremien.



Seite 1 von 5

Knochenhauerstr. 20/25  
28195 Bremen

Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215  
nach telefonischer Absprache



Bus/Straßenbahn  
Haltestellen Schlüsselkorb/  
Am Wall/ Herdentor

Wir verweisen auf das Steuerkonzept der Gewerkschaft ver.di. Demnach sind vor allem die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine höhere und wirksame Besteuerung großer Erbschaften, die Erhöhung der Einkommensteuer im oberen Einkommensbereich und die Rücknahme der Unternehmenssteuerentlastung geeignete und erforderliche Wege der Einnahmensicherung. Die Gewerbesteuer sollte durch die Einbeziehung aller Gewerbebetriebe, Selbständigen und Freiberufler zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ausgebaut werden, um eine dauerhafte Stabilisierung der Finanzkraft zu erreichen.

Nach wie vor halten wir es auch für dringend erforderlich, den Vollzug der Steuergesetze zu verbessern und hierfür die personellen Voraussetzungen in der Steuerverwaltung zu schaffen.

### **Positive Perspektiven für Bürgerinnen und Bürger und Beschäftigte sichern - Weiterentwicklung des bremischen öffentlichen Dienstes**

Der Gesamtpersonalrat hält es für unerlässlich, den bremischen öffentlichen Dienst auch in Zukunft weiterzuentwickeln. Er bedauert es sehr, dass die Einhaltung der sogenannten Schuldenbremse im politischen Diskurs ein nicht hinterfragbarer Selbstzweck zu sein scheint. Es wäre fatal, wenn aus dieser Perspektive die Funktion des öffentlichen Dienstes aus dem Blick verloren würde: Die Sicherung und Weiterentwicklung des Sozialstaats, der Chancengleichheit und Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, der Rechtsstaatlichkeit und der Infrastruktur sowie der Schutz von Mensch und Natur. Das sind unverzichtbare öffentliche Aufgaben, die vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen immer wieder neu ausgefüllt werden müssen.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt es deshalb, dass der Senat nunmehr bereit ist, verlässliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigtenbeteiligung bei Veränderungsprozessen zu regeln. Aus unserer Sicht bestehen damit gute Voraussetzungen, öffentliche Dienstleistungen an gewandelten gesellschaftlichen Bedarfen orientiert neu zu gestalten. Gleichzeitig bietet Beteiligung die Chance, Arbeitsprozesse zu überprüfen und noch wirkungsvoller zu gestalten. Quer durch alle Bereiche des bremischen öffentlichen Dienstes haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu gute Ideen und sind bereit, diese einzubringen.

Die größten Potentiale liegen langfristig darin, durch gute öffentliche Dienstleistungen möglichst allen Menschen in Bremen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen zu eröffnen. Nur damit können gesellschaftliche Spaltungstendenzen gestoppt und die Abhängigkeit von monetären Transferleistungen verringert werden.

### **Die Aufgaben in den Mittelpunkt stellen - pauschale Personalkürzungen beenden**

Im Rahmen der Überarbeitung der Haushaltsentwürfe 2011 hat der Senat zunächst einen Schritt in die richtige Richtung getan: Die Beschäftigungszielzahlen in den Produktplänen Justiz, Kultur, Jugend und Soziales sowie Finanzen sollen an die Realität angepasst werden. Damit wird anerkannt, dass die derzeitigen Zielzahlüberschreitungen in diesen Bereichen durch die pauschalen Personalkürzungsvorgaben entstanden sind. Angesichts der quantitativen und qualitativen Entwicklung der wahrzunehmenden Aufgaben waren diese aber nicht umsetzbar. Völlig unverständlich ist aus unserer Sicht, dass die genannten Bereiche den bisher schon nicht umsetzbaren Personalabbau nun mit erhöhten Kürzungsvorgaben in den folgenden Jahren nachholen sollen. Damit werden neue Personal"überhänge" geschaffen, wobei dieser technokratische Begriff verschleiert, dass diese Beschäftigten tatsächlich mit notwendigen Aufgaben befasst sind. Zusätzlich sind - mangels einer Finanzierung des eigentlich benötigten Personals - erhebliche Probleme bei der Aufgabenwahrnehmung in diesen Bereichen absehbar.

Leider hält der Senat nach wie vor an dem problematischen Instrument der pauschalen Personalabbauvorgaben fest. Die Aufgabenentwicklung und der damit verbundene Arbeitsauf-

wand folgen aber nicht pauschalen Kürzungsvorgaben, die aus finanziellen Rahmendaten abgeleitet worden sind. Die Steuerung der Personalhaushalte über pauschale PEP-Quoten - seien sie einheitlich oder wie seit 2008 differenziert - muss gerade vor dem Hintergrund der o. g. Beispiele als gescheitert betrachtet werden.

Wir bedauern es, dass der Senat trotzdem in der Logik der PEP-Quoten eine nochmalige Beschleunigung des Personalabbaus im bremischen öffentlichen Dienst durchsetzen will. Erneut sei darauf hingewiesen, dass allein in der Kernverwaltung seit 1993 mehr als 5.000 Vollzeitstellen - entsprechend ca. 28% des Beschäftigungsvolumens - abgebaut worden sind. Gleichzeitig sind die Aufgaben kaum verringert, sondern in vielen Bereichen durch immer komplexere rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sogar aufwändiger geworden. Jetzt sollen bis 2014 rund 1000 weitere Vollzeitstellen in der Kernverwaltung wegfallen. Hinzu kommen durch die Kürzung der entsprechenden Entgelte und Zuschüsse hunderte weitere Arbeitsplätze bei Eigenbetrieben und Sonderhaushalten. Das ist aus Sicht des Gesamtpersonalrats unverantwortlich. Zu berücksichtigen ist dabei insbesondere auch, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt

- die Arbeit der verbleibenden Beschäftigten massiv verdichtet wurde und viele von ihnen überlastet sind,
- sich erhebliche Arbeitsrückstände in vielen Dienststellen aufgestaut haben,
- wichtige Aufgaben gerade in der Beratung nicht mehr erledigt werden können,
- die Überstundenberge der Beschäftigten in einigen Dienststellen einem verantwortlichen Umgang mit ihrer Gesundheit Hohn sprechen,
- die Bürgerinnen und Bürger immer längere Bearbeitungszeiten und Wartezeiten hinnehmen müssen und
- es immer häufiger zur Eskalation der Arbeitssituation in einzelnen Bereichen kommt, die dann durch öffentlichkeitswirksame „Feuerwehr“-Aktionen begrenzt werden. Die strukturelle Fehlentwicklung wird dadurch jedoch nicht kompensiert.

Die zahlreichen Berichte in den Medien über lange Warteschlangen, lange Bearbeitungszeiten, hohe Überstundenberge zeigen nur die Spitze des Eisbergs. Unter der Oberfläche liegen weitere Probleme und Missstände, deren Auswirkungen (noch) nicht so offensichtlich sind. Die zunehmenden Überlastungsanzeigen der Beschäftigten bleiben oft folgenlos, weil Abhilfe nur durch das Aufreißen neuer Löcher geschaffen werden könnte.

Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass einige Dienststellen sich gezwungen sehen, etwa durch die Vergabe von Teilaufgaben an Dritte nach Auswegen zu suchen. Das erweist sich als Einfallstor für vielfältige Formen prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Der Gesamtpersonalrat kritisiert anhaltend die prekären Beschäftigungsverhältnisse im bremischen öffentlichen Dienst. Gemeinsam mit den örtlichen Interessenvertretungen hat er inzwischen den Entwurf für eine Regelung zur Vermeidung prekärer Beschäftigung vorgelegt. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es nachdrücklich, dass der Präsident des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen, sich für verbindliche Rahmenbedingungen ausgesprochen hat. Wir hoffen auf konstruktive Gespräche über deren Ausgestaltung.

### **Gute Arbeit erfordert faire Bezahlung**

Mit seinem Beschluss vom 8. März 2010, der eine maßgebliche Grundlage der vorliegenden Änderungen zu den Haushalten 2011 ist, plant der Senat faktisch mit dauerhaften Reallohnverlusten für die Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes. Er zielt zusammen mit den anderen Sanierungsländern auf Sonderregelungen im Rahmen des TV-L.

Der Senat versucht diesen Weg gegenüber der Öffentlichkeit, den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen als legitim und unvermeidlich darzustellen. Bei den Beschäftigten hingegen entsteht dadurch der Eindruck mangelnder Wertschätzung ihrer Arbeit. Dies wird kaum durch gute Ansätze zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z.B. Gesundheitsmanagement, gemildert.

Aus Sicht des Gesamtpersonalrats sind Sonderlösungen bei der Bezahlung nicht akzeptabel. Öffentliche Dienstleistungen sind keine Ware, sondern Ausdruck unseres Sozialstaats. Daher hat der Staat für die erforderliche Finanzierung zu sorgen. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung hat unlängst dargestellt, dass die Einkommenssituation im öffentlichen Dienst insbesondere nach Einführung des neuen Tarifrechts schlechter als in der Privatwirtschaft ist. Es ist ja jetzt schon so, dass qualifizierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst wie zum Beispiel Schulsekretärinnen Zweitjobs ausüben müssen, weil der Verdienst nicht reicht.

Auch zur Stärkung der regionalen Nachfrage und damit zur Stabilisierung der noch unsicheren konjunkturellen Entwicklung sind angemessene Einkommenszuwächse auch im bremischen öffentlichen Dienst notwendig.

Die Beschäftigten der Freien Hansestadt Bremen leisten, oft unter schwierigsten Bedingungen, die gleiche gute Arbeit wie die Beschäftigten anderer öffentlicher Arbeitgeber. Sie haben im Wesentlichen die gleichen Lebenshaltungskosten. Sie müssen zudem in den nächsten Jahren mit einer weiteren nachhaltigen Arbeitsverdichtung rechnen. Gleichzeitig sollen sie konstruktiv dabei mitwirken, dass der bremische öffentliche Dienst unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen seine Aufgabenwahrnehmung zukunftsorientiert weiterentwickelt. Eine wie auch immer geartete Schlechterstellung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern lässt sich unter diesen Rahmenbedingungen nicht rechtfertigen. Bremen riskiert mit Sonderwegen bei der Bezahlung, als Arbeitgeber unattraktiv zu werden und Probleme bei der Besetzung der Stellen zu haben.

Entsprechendes gilt auch für die Besoldung der Beamtinnen und Beamten. Die Beamtinnen und Beamten sind bereits in den letzten Jahren mehrfach mit Sonderopfern (insbesondere Arbeitszeit, Sonderzahlungen, verzögerte und unvollständige Übertragung von Tarifabschlüssen) belastet worden. Ihnen ist wiederholt versichert worden, dies sei nun aber das letzte Mal. Neuerliche Überlegungen in diese Richtung müssen sich nach unserer Auffassung daher ebenso verbieten wie eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit und Versuche, das Alimentationsprinzip bei der Besoldung und Versorgung schrittweise auszuhöhlen.

### **Rechtzeitige Sicherung von qualifiziertem Nachwuchs**

Bis 2020 wird fast die Hälfte (45 %) der jetzigen Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes ausgeschieden sein. Die rechtzeitige Ausbildung und gute Einarbeitung von Nachwuchskräften ist daher für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst von herausragender Bedeutung. Wir freuen uns, dass die Qualität der bremischen Ausbildung anerkanntermaßen gut ist. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass ab dem nächsten Jahr die theoretische Ausbildung im dualen Studiengang für die Inspektoren-Anwärterinnen und -Anwärter der Fachrichtung Allgemeine Dienste von Hamburg nach Bremen verlagert wird. Wir gehen davon aus, dass dieses Ausbildungsangebot dadurch noch attraktiver wird.

Die vom Senat beschlossene und in der vorliegenden Haushaltsplanung berücksichtigte Ausbildungsplanung halten wir aber insgesamt für nicht ausreichend, um den zukünftigen Personalbedarf zu decken. Dies gilt zum Teil selbst unter Berücksichtigung der aus unserer Sicht ohnehin überzogenen Personalabbauplanungen.

Wir erneuern unsere Anregung - sie wäre faktisch sogar kostenneutral - den Bewerberinnen und Bewerbern verbindlich die Übernahme in ein anschließendes Beschäftigungsverhältnis zuzusagen, wenn sie sich als geeignet erweisen.

Der Gesamtpersonalrat freut sich, dass im Rahmen der betrieblichen Ausbildungskommission mit der Senatorin für Finanzen neben der Erörterung von Bedarfsprognosen und der Ausbildungsplanung auch konkrete Probleme der Ausbildung und der Auszubildenden lösungsorientiert diskutiert wurden. Offen bleibt allerdings weiterhin die wichtige Frage, wie mehr Ausbilderinnen und Ausbilder gewonnen werden können.

Abschließend bedankt sich der Gesamtpersonalrat für das Gehör und die konstruktiven Diskussionen im Rahmen des Haushalts- und Finanzausschusses. Wir hoffen, dass wir Verständnis schaffen konnten für die Situation der Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst und ihre Aufgabenwahrnehmung und wünschen uns, auch zukünftig in einem regen Dialog zu bleiben. Und nicht vergessen: Zeigen Sie Flagge für den bremischen öffentlichen Dienst.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Hülsmeier  
Vorsitzende